

31.10.2015



BfU Eddersheim
e.V. 1975

Sechs Fragen an die Abgeordneten
des Hattersheimer Stadtparlaments
zum Thema:

Weiterer Ausbau des Frankfurter Flughafens

Zeitlicher Ablauf der Beantwortung unserer Fragen:

20. April 2015: Zustellung der Fragen via Briefpost persönlich an alle Abgeordneten des Hattersheimer Stadtparlaments.

15. Juni 2015: Die BfU folgt einer Einladung der Fraktion B'90/Die Grünen, zu Gesprächen hinsichtlich der Beantwortung unserer Fragen.

22. Juli 2015: Da noch von keiner Fraktion eine schriftliche Beantwortung der Fragen vorliegt, verschickt die BfU erneut via Briefpost ein Erinnerungsschreiben an alle Abgeordneten des Hattersheimer Stadtparlaments. (Erbetener Termin 21.08.2015)

15. August 2015: Die schriftliche Beantwortung der Fragen durch die Fraktion B'90/Die Grünen geht bei der BfU via Briefpost ein.

10. Oktober 2015: Die gemeinsam abgestimmte, schriftliche Beantwortung der Fragen durch die Fraktionen von SPD / CDU / FDP / FWG geht bei der BfU via Briefpost ein.

Frage 1: Wie stehen Sie zu dem weiteren Ausbau des Flughafens (Terminal 3) ? (...obwohl Sie wissen, dass hiermit ein zweiter Großflughafen am „gleichen“ Standort errichtet werden soll.)



Bereits in der Vergangenheit haben wir einen weiteren Ausbau des Frankfurter Flughafens als für viele Anwohner untragbar gesehen. Mit den Möglichkeiten des Protestes wie auch mit den juristischen Schritten hat die Stadt versucht, den Ausbau zu verhindern. Parallel wurde auch mit der Verantwortlichen, sowohl auf Seiten der Fraport AG, wie aber auch auf Länderebene, über Alternativen diskutiert und gestritten. Ein Ergebnis daraus war zum Beispiel das Mediationsverfahren. Zu unserem Bedauern mussten wir jedoch auch feststellen, dass nicht alles, um nicht zu sagen viel weniger als erhofft, als Ergebnis all dieser rechtsstaatlichen Bemühungen herauskam. In diesem Zusammenhang möchten wir auch unsere Verwunderung zum Ausdruck bringen, dass nun auch eine neue Landesregierung unter Beteiligung einer Partei, die sich bisher doch öffentlich häufig gegen den Ausbau des Flughafens gewandt hat, nun unter Auflagen den Ausbau als Regierungspartei mitträgt. Einen Baustopp oder gar einen Rückbau auf juristischem Weg zu erreichen, wäre mit einem enormen Kostenrisiko verbunden, insbesondere da die Erfolgchancen nicht besonders vielversprechend anzusehen sind. Den Einsatz weiterer finanzieller Mittel, verbunden mit dem hohen Risiko diese erfolglos aufzuwenden, können wir daher nicht mehr im Sinne der Mehrheit der Bürger unserer Stadt rechtfertigen.



Wir die Hattersheimer Bündnis 90/Die Grünen lehnen, wie bekannt sein sollte, die Ausbaupläne von Fraport zum Bau des Terminal 3 entschieden ab. Es ist wichtig fest zu halten, dass diese Ablehnung der Grünen – anders wie bei anderen Parteien - nicht nur auf der kommunalen Ebene, sondern durchgängig bis zur Bundesebene erfolgt. Wir müssen aber- konstatieren, dass Bündnis 90/Grüne, die sich als einzige Partei auf allen politischen Ebenen (Kommunal, Kreis, Regionalversammlung, Landes und Bundesebene) konsequent gegen den Bau einer neuen Landebahn und des Baus von Terminal 3 ausgesprochen hat mit Wahlergebnissen von

Jahr	Wahlergebnis in Prozent	
	Land	Hattersheim
2003	10,1	11,5
2008	7,5	8,9
2009	13,7	15,2

keinen ausreichend entscheidender) Einfluss auf die Festsetzung der Ausbaupläne hat. Alle von den BIs und B90/Grüne initiierte Klagen konnten an den Ausbauplänen und dem Genehmigungsverfahren zum Bau von Terminal 3 nichts Wesentliches ändern. Gemäß einer mündlichen Aussage von Hessens Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir müsste das Land Hessen bei einer Rücknahme eines Baurechts mit Schadenersatzklagen in Höhe von etwa 6 Milliarden Euro rechnen. Somit ist ein solcher Schritt wirtschaftlich und politisch nicht durchsetzbar. Die Entscheidungen früherer Regierungen sind/müssen, soweit bindend und von der jetziger; Regierung respektiert werden.

(Fortsetzung nächste Seite)

Frage 1: Wie stehen Sie zu dem weiteren Ausbau des Flughafens (Terminal 3) ? (...obwohl Sie wissen, dass hiermit ein zweiter Großflughafen am „gleichen“ Standort errichtet werden soll.)

(Fortsetzung):



Eine wie wir meinen ernstzunehmende "Bedarfsprüfung zur Notwendigkeit eines dritten Terminals am Frankfurter Flughafen " des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie Verkehr und Landesentwicklung hat Alternativen zum Bau von Terminal 3 aufgezeigt. Diese Studie kommt zu dem Ergebnis: "Die Entscheidung, ob der Bau des T3 jetzt begonnen wird oder nicht bleibt eine unternehmerische Entscheidung der Fraport. Aber die Fraport wäre gut beraten, die Alternativen noch einmal gründlich zu prüfen und angesichts der hohen Investitionssumme für den Bau des T3 Lind der damit verbundenen ökonomischen Risiken in eine nochmalige vertiefte Diskussion über die möglichen Alternativlösungen einzutreten.,,

Es war aber für die Hattersheimer Grünen dennoch keine Überraschung, dass Fraport die Ergebnisse der "Bedarfsprüfung" seinerseits nicht ernsthaft geprüft hat und an den Plänen zum Bau von Terminal 3 festgehalten hat. Die Entscheidung von Fraport an dem Bau von, Terminal 3 festzuhalten, ist nach unserem Verständnis die konsequente Fortführung einer mit dem Bau der Landebahn Nordwest begonnenen für diese Raum unverträglichen Entwicklung.

Keines der politischen Argumente von Fraport, und vor allem die von CDU und FDP propagierten Begründungen für den Ausbau des Frankfurter-Flughafens haben sich bisher als richtig erwiesen.

(Fortsetzung nächste Seite)

Frage 1: Wie stehen Sie zu dem weiteren Ausbau des Flughafens (Terminal 3) ? (...obwohl Sie wissen, dass hiermit ein zweiter Großflughafen am „gleichen“ Standort errichtet werden soll.)

(Fortsetzung):



Viele Fragen bleiben offen.

- Wo sind die 100.000 neuen Jobs, die der Ausbau des Flughafens mit sich bringen sollte für die Rhein Main Region?
- Wie gut werden die wenigen neu entstandenen Jobs in und um den Frankfurter Flughafen entlohnt?
- Wozu braucht man die (nicht mehr so) neue Landebahn Nordwest? Der Frankfurter Flughafen könnte, heute ohne Probleme das Verkehrsaufkommen ohne Nutzung der Landebahn Nordwest abwickeln.

Die Anzeichen, dass das so bleibt, sind ernst zu nehmen.

- Wie oft wurde die Landebahn Nordwest für den Flugverkehr gesperrt wegen der Gefahr von Vogelschlag?

Eine ehrliche Antwort wäre sicher sehr erhellend und gleichzeitig entlarvend.

- Wie wird das neue Terminal 3 an den ÖPNV angebunden werden?
- Wie lange wird es dauern, bis ein Flugzeug, aus Osten kommend, auf der Landebahn Nordwest das Terminal 3 erreicht?
- Heute dauert es ca. 20 Minuten bis zum Terminal 2.
- Wer wird in das Terminal 3 einziehen. Nach unserer Kenntnis gibt es keine Anzeichen, dass irgendeine Airline Interesse bekundet hat.

Vor dem Hintergrund, dass man die heute so wichtige 45 minütige Umsteigezeit nicht hinbekommen wird. wenn jemand von Terminal 1, 2 zu Terminal 3 umsteigt, verliert Frankfurt Airport eine der wichtigsten USP ("Unique Selling Proposition")

Frage 2: Ist für Sie beständiges Wachstum ein wirtschaftliches Grundgesetz? ...auch wenn dies nur noch durch „Sonderopfer in der Nachbarschaft“ finanzierbar ist.



Eine höchst interessante Fragestellung die eine Betrachtung unter vielen Blickwinkeln erforderlich macht. Betrachtet man Wachstum im Hinblick auf die derzeit noch gängige Sichtweise des Wachstums des Bruttosozialproduktes so kann an einigen Stellen dies als wirtschaftliches Grundgesetz sicherlich verneint werden. Nehmen wir als Beispiel: Ein Auto wird bei einem Unfall beschädigt und muss repariert werden. Die Reparatur erzeugt nun eine Nachfrage nach Ersatzteilen und Arbeitszeit (Dienstleistung). Beides wird sich im Bruttosozialprodukt als messbare Steigerung der Wirtschaftsleistung messen lassen. Im Ergebnis wird aber im besten Falle nach der Reparatur des Fahrzeuges lediglich der Zustand vor dem Schaden hergestellt. Volkswirtschaftlich und erst recht im Bezug auf die Ressourcenbetrachtung (ökologisch) ist jedoch kein echter Mehrwert entstanden. Hier ist „Wachstum“ sicherlich kritisch zu hinterfragen. Andererseits ist es ein Anreiz für große Teile der Bevölkerung den Lebensstandard weiter zu erhöhen. Gemessen wird dieser Standard von den meisten Menschen zum Beispiel in steigenden Einkommen und oder entsprechenden Konsumverhalten. Hier ergibt sich nun die Frage des Wertes von Sachen/Dingen oder auch Dienstleistungen.



Nein. So steht auf unserer Homepage u.a auch die Aussage „Wachstum darf kein Selbstzweck sein.“ Bündnis 90/Die Grünen sind aus den Leitgedanken "Wir haben die Welt nur von unsere Kinder geborgt" entstanden. Aus dieser Idee ist das Konzept des nachhaltigen Wirtschaftens entstanden. Wir verstehen uns als eine Wertegemeinschaft. die ohne ideologische Verblendung pragmatisch nach Lösungen unserer Zeit sucht. Wir nehmen für uns in Anspruch zusammen mit vielen anderen Akteuren Themen wie Ökologie. Globalisierung, Erneuerbare Energien, Nachhaltiges Wirtschaften, Gleichberechtigung und vieles mehr erst salonfähig gemacht zu haben. Wir geben nicht an, auf alles eine Antwort zu haben und machen wie anderen auch Fehler. Was das Thema Flughafen angeht. haben wir die BfU immer unterstützt, weil wir eine große Übereinstimmung in der Zielsetzung sehen. Wir halten den Ausbau des Frankfurter Flughafens mit dem Bau der Landebahn Nordwest und dem Terminal 3 schlicht für raumunverträglich. Wir denken, dass der volkswirtschaftliche Schaden für die dicht besiedelten Region um den Flughafen durch erhöhte Lärmbelästigung, Luftverschmutzung und dem damit einhergehende erhöhte Krankheitsrisiko bedrohliche Ausmaße annimmt, Die "Plus Seite" mit zweifelhaften Wachstumsprognosen P und einer noch fragwürdigeren Steigerung des allgemeinen Wohlstands. mit der Fraport immer argumentiert sind keine Rechtfertigung. Dass dies von anderen Parteien immer wieder gebetsmühlenartig propagiert wird, steigert den Wahrheitsgehalt nicht. Im Moment sehen wir eine Fehlinvestition der Landebahn Nordwest, die der Steuerzahler durch verminderte Gewerbesteuererinnahmen zu einem nicht unerheblichen Teil mitträgt. Das wird sich nach unsere Meinung mit dem Bau von Terminal 3 wiederholen.

Frage 3: Wie wollen Sie die Bevölkerung vor weiterer und bereits bestehender (!) Belastung durch Fluglärm und Emission aus Flugzeugturbinen schützen? ...oder warten auch Sie, auf die umweltfreundlichen Flugzeuge die alles richten werden?



In dieser Thematik ist festzustellen, dass leider auch der Wechsel innerhalb der Landesregierung nicht die von Ihnen und uns erhofften bzw. erwarteten Entlastungen gebracht haben. Wir werden als eine der stark von den Belastungen des Frankfurter Flughafens betroffenen Gemeinden weiterhin in den jeweiligen Gremien für die Rechte unserer Bürger eintreten. Letztlich ist eine politische Lösung auf Landesebene im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten anzustreben. Aus unserer Sicht bildet dabei das Ergebnis des Mediationsverfahrens die Grundlage für das weitere Vorgehen.

Den Einsatz von leiseren und Kerosin sparenden Flugzeugen sehen wir bei der o. g. Rahmenbedingungen durchaus als eine Maßnahme zur Verbesserung der Lage. B90/Die Grünen konnten eine Reihe von Maßnahmen im Koalitionsvertrag mit der CDU zur Verbesserung der Situation vereinbaren: die neu eingerichtete Stabsstelle Fluglärmreduzierung hat inzwischen ihre Arbeit aufgenommen,-

- die lärmabhängigen Flughafenentgelte wurden bereits für das laufende Jahr weiter gespreizt,
- die sehr aufwändige Erarbeitung der Verfahren zur Einrichtung von Lärmpausen wurde erfolgreich abgeschlossen und die Lärmpausen sind seit dem 24. April 2015 im alltäglichen Probebetrieb.
- Der Konsortialvertrag wurde im Einvernehmen mit der Stadt Frankfurt geändert.
- Die neuen An- und Abflugverfahren mit einem Anflugwinkel von 3,2 Grad sind im Probebetrieb.

Diese Maßnahmen lösen aber das grundsätzliche Problem nicht. Hier brauchen wir weiterhin einen langen Atem. Das ist vor dem Hintergrund der heute schon Betroffenen zwar schwer zu ertragen, aber in der derzeitigen Lage stellen wir fest, dass für eine schnellere Änderung der Situation andere politische Kräfte gefragt sind.

Warum?

Die Novellierung des Fluglärmgesetzes soll noch in dieser Legislaturperiode im Bundestag behandelt werden. Dieses Gesetz wurde das letzte Mal in 2007 behandelt von der gleichen politischen Konstellation.

Das Ergebnis war nicht befriedigend. Wir werden Sie als parteiunabhängige Initiative in Ihren Bestrebungen, auf diese politischen Kräfte entsprechend einzuwirken weiterhin unterstützen.

Frage 4: Wie stehen Sie zu dem Wertverlust des Eigentums durch den Fluglärm und wie wollen Sie diesem Umstand entgegenwirken? ...oder gibt es jetzt schon Ortsteile die weniger wert sind?



Derzeit ist für Hattersheim eine sehr rege Nachfrage nach Wohnraum zu verzeichnen. Es ist ebenfalls zu beobachten, dass in fluggeplagten Nachbarkommunen trotz der erheblichen Belastung von Fluglärm die Grundstückspreise nicht fallen. Grundsätzlich bildet sich ein Preis natürlich auch bei Immobilien aus dem Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage. Dadurch ergeben sich auch auf Einzelobjekt- wie auch auf Stadtteilebene bezogen unterschiedliche Preise. Die Stadt kann im Wesentlichen auf diese Preisgestaltung nur indirekt Einfluss nehmen. Beispielsweise durch ein entsprechendes Angebot bei der Kinderbetreuung, Schaffung und Erhaltung öffentlichen Raumes z. B. Spielplätze, Radwege, Versammlungsstätten.



Um ehrlich zu sein, wir konnten uns im Ortsverband der Grünen in Hattersheim nicht intensiv mit der Wertsteigerung oder -minderung von Immobilien im Rhein Main Gebiet über die letzten 20 Jahren beschäftigen. Wertveränderungen unterliegen vielen Faktoren. Wir wissen also konkret nicht ob, warum und wie hoch ein Haus in Eddersheim heute mehr oder weniger Wert ist als z.8. vor der Öffnung der neuen Landebahn. Unsere Motivation uns mit dem "Thema Flughafen" zu befassen, war immer von den Grundgedanken der Ökologie, sozialen Folgen und Nachhaltigkeit geprägt. Die sozialen und gesundheitlichen Folgen heute bestehender und in Zukunft möglicher Verkehrsbewegungen machen uns große Sorgen. Es gibt viele Studien die sehr eindeutig belegen welche Auswirkungen Fluglärm auf den Körper hat (u. a. Prof. Münzet, Uniklinikum Mainz). Ableitend aus der treffenden, wenn auch zynische marktwirtschaftliche Analyse von Petra Roth "Wem es zu laut wird, der hat ja das demokratische Recht wegzuziehen" wäre abzuleiten "Wer am Flughafen einen schlecht bezahlten Job hat, wird sich in eine billige Wohnung in der Einflugschneise einmieten". Für uns stellt sich nicht die Frage, ob es in Hattersheim Ortsteile gibt die mehr oder weniger wert sind. Sie sollten erfahren haben, dass wir in allen drei Ortsteilen die wichtigen Themen aufnehmen und in unser politische Arbeit einfließen lassen und behandeln.

Frage 5: Wie soll zukünftig mit dem Thema „Belastung der Bevölkerung durch Flugverkehr“ im Stadtparlament umgegangen werden? Der Schutz der Bevölkerung ist kein Wunsch derselben, sondern Ihr grundgesetzlich verbrieftes Auftrag!



Das Stadtparlament setzt sich für die Belange der Bevölkerung Hattersheims ein. Wie bei allen Entscheidungen in demokratischen Kontext ist für entsprechende Beschlüsse eine Mehrheit in den zuständigen Gremien notwendig. Wir haben in der Vergangenheit bereits entsprechende Beschlüsse gefasst und teilweise mit gerichtlichen Verfahren, teilweise auf dem Verhandlungswege im Sinne der vom Fluglärm geplagten Bürgern Lösungen angestrebt. Dass diese nicht, wie von einigen gewünscht, den Ausbau des Flughafens verhindern konnten, hat viele Ursachen. Zum einen liegt dies in rechtlichen Fragen, zum anderen aber auch in demokratisch legitimierten Abläufen. Zur Diskussion beitragen könnten immer wieder die folgenden Fragen:

- Wer kann und darf der Fraport AG welche Auflagen bei der Erweiterung vorschreiben?
- Wer kann als Eigentümer Einfluss auf die Geschäftsleitung nehmen?
- Wie können wir als Konsumenten mit unserem Verhalten wirtschaftliche Entscheidungen beeinflussen?

Sicher lässt sich diese Liste der Fragen noch ergänzen. Hier sind wir alle als Bürger, Demokraten, Betroffene gefragt.



Die Stadt Hattersheim hat in der Vergangenheit mit unserer ausdrücklichen Zustimmung über eine Million Euro ausgegeben, die Interessen der Bürgerinnen der Stadt Hattersheim gerichtlich zu vertreten. Wenn wir das Geld hätten, würden wir es gerne auch weiterhin tun. Die Entscheidung Haushalts-Mittel einsparen zu müssen, ist uns nicht leicht gefallen.

Im Moment sehen wir aber auch nicht, dass wir viele Möglichkeiten haben, unseren Anforderungen auf kommunale Ebene Nachdruck zu verleihen. Wir werden aber aufmerksam beobachten, wie sich die Rahmenbedingungen entwickeln und ändern. Wir werden dann prüfen, ob dadurch neue Entscheidungen sinnvoll und notwendig werden.

Frage 6: Ist es in Ihren Augen richtig, dass es durch die Stadt Hattersheim keine öffentlichen Stellungnahmen bezüglich Fluglärm gibt (damit mögliche negative Auswirkungen auf die Ansiedlung flughafennaher Industrie vermieden werden) ? ...oder sollte sich dies ändern um zukünftig mit Städten wie Flörsheim, Hochheim, Rüsselsheim, Mainz etc. wieder auf Augenhöhe zu sein?



In mehreren gemeinsamen Resolutionen haben wir uns für das absolute Nachtflugverbot bei allen überregionalen Entscheidungsträgern eingesetzt. Lassen Sie uns gemeinsam Hattersheim positiv gestalten! Wir freuen uns auf den Dialog mit Ihnen. Lassen Sie uns in gemeinsamen Gesprächen und Diskussionen nach Lösungen im Interesse unserer Bürger und Bürgerinnen suchen.



Wir haben in der Tat auch gesehen, dass u. a. die Haltung der Stadt und die Beschlüsse zum Thema Flughafen auf der neuen Homepage der Stadt Hattersheim nicht mehr dargestellt wurden. Dies haben wir bereits bei dem entsprechenden Referat für Öffentlichkeit im Rathaus angesprochen.

Wir könnten uns auch vorstellen, dass sich alle Stadtverordneten, an ihre jeweiligen Partei auf der Landes- und Bundesebene wenden und diese auffordern sich für geeignete Maßnahmen wie zum Beispiel für eine erhebliche Absenkung der Grenzwerte bei der Novellierung des Fluglärmgesetzes einzusetzen.